

Unterschriften für mehr Therapie

840 Betroffene und Unterstützer appellieren an die Bundespolitik

VON MATTHIAS HEINZEL

Göttingen. 840 Betroffene und Unterstützer aus Göttingen, Südniedersachsen und dem gesamten Bundesgebiet haben den im Oktober 2014 verabschiedeten Göttinger Appell zur Legasthenie und Dyskalkulie unterzeichnet. Die Unterschriften wurden am Freitagnachmittag dem Göttinger SPD-Bundestagsabgeordneten Thomas Oppermann überreicht.

Das Ziel der Initiatoren: Der Bundestag soll sich „endlich der für die Betroffenen und die Gesellschaft unhaltbaren aktuellen Situation annehmen und die längst fälligen Gesetzesänderungen auf den Weg bringen“. Nur so könne zugleich „allen Betroffenen nachhaltig geholfen und unsere Gesellschaft endlich von den immensen Folgekosten entlastet werden“, meint Harald Schmidt, Vorsitzender des Göttinger Kreisverbandes Legasthenie-Dyskalkulie.

Therapeuten und Ärzte schätzen, dass etwa jedes 20. Kind in Deutschland eine Leserechtschreibstörung (Legasthenie) oder Rechenstörung (Dyskalkulie) hat – unabhängig von seinen sonstigen



Harald Schmidt (r.) übergibt den „Appell zur Legasthenie und Dyskalkulie“ in Göttingen an Thomas Oppermann. *Pförtner*

geistigen Fähigkeiten. Das bedeutet, dass in jeder Klasse durchschnittlich ein Kind betroffen ist. Die Folgen sind fatal: Für einen Legastheniker ähnelt ein Text eher einem unübersichtlichen Meer aus Buchstaben, für einen Rechenschwachen sieht die Zahlenwelt der Mathematik ähnlich aus. Therapien könnten helfen, aber: Bezahlt werden. Therapien erst bei massiven seelischen Störungen und wenn die Teilhabe am normalen gesellschaftlichen Leben in Gefahr sei.

Der Göttinger Appell fordert ein festgeschriebenes Recht auf Therapie inklusive Finanzierung und eine qualifizierte Ausbildung für entsprechende Lerntherapeuten. Op-

permann versprach, prüfen zu lassen, warum die einschränkenden Regelungen der jetzigen Gesetzeslage vor zehn Jahren eingeführt wurden. Eine Änderung zugunsten einer Therapie-Kostenübernahme ohne Einschränkungen befürwortete er.

Verbandschef Schmidt erklärte, auch die Bundestagsabgeordneten Fritz Güntzler (CDU) und Jürgen Trittin (Grüne) hätten ihre Unterstützung signalisiert. Seitdem die grundsätzliche Annahme aller Anträge auf Therapie im Jahr 2004 abgeschafft wurde, ist die Bewilligungsquote kontinuierlich gesunken – von etwa 70 Prozent im Jahr 2004 bis auf gut 50 Prozent im vergangenen Jahr.

Göttinger Tageblatt

29.8.15